

Brosmete
**Zweiweg-
Artikel**



Heute vor genau 19 Jahren flogen zwei Flugzeuge in die zwei Türme des Welthandelszentrums in New York und versetzten die ganze Welt in Angst und Schrecken. Darauf folgend wurden die Schutzvorkehrungen am Flughafen dermassen hochgefahren, dass es fast zu einer billigen, überhaupt das Transportmittel Flugzeug zu benützen. Ja, das ist schon 19 Jahre her und jetzt haben wir in jedem öffentlichen Verkehrsmittel die Schutzvorkehrung Maske tragen. Sogar wenn man alleine von der jetzigen Gemeinde Herisau durch die zukünftige Gemeinde Hinterland in einem 60-Plätzer-Postauto tuckert. Mein Freund Beaujolais, sonst eher zu Fuss unterwegs, bemerkte letztthin erst bei der Anfahrt des gelben DüDaDo, dass alle Mitfahrer eine Maske tragen und er diese tatsächlich nicht dabei hatte. Er hatte schlichtweg vergessen, noch etwas Zusätzliches mitzunehmen. Er, welcher für jeden Pipifax eine App installiert hat. Der Puls schnellte hoch, wie bei einer billigen 1.-August-Rakete, und die zündende Idee, um trotzdem noch in den Genuss der Fahrt zu kommen, kam erst, als eine attraktive Frau ausstieg und gleichzeitig die Ohren vom Maskengummi band befreite. «Pardon», fragte Beaujolais höflich, «bruchtet sie diä Maske no?» Verdutzt schaute sie ihn durch ihre wunderbar geschminkten Augen an und reichte ihm wortlos, aber mit einem leichten Kopfschütteln die Maske. Schwupps, zog Beaujolais dieselbe an und stieg erleichtert in den Bus ein. «Leeck Beaujolais, was bist du nur für ein Dödel», sagte ich zu ihm, als er im «Gemsli» die Geschichte erzählte. Das ist doch nicht der Sinn der Sache und zudem hast du jetzt auch noch Lippenstift am Dreitagebart. Beaujolais meinte nur: «Liäber efach irgend Maske ond devör lönd mit d'Lüüt in Rueh, als ohni ond denn agschnorret ond blöd agluegt werde.»

Emanuel Steiner

Polizeimeldung

**Selbstunfall mit
Lieferwagen**

Ausserrhoden Gestern Morgen fuhr ein 67-jähriger Autolenker mit angehängtem Lieferwagen Richtung Speicher. Beim Befahren einer Linkskurve kippte das Auto zur Seite, der Anhänger überschlug sich. Der Lenker wurde ins Spital gefahren.

«Variante ist nicht zu Ende gedacht»

Gemeindeberater Jean-Claude Kleiner kritisiert den bevorzugten Fusionsplan des Ausserrhoder Regierungsrats.

Interview: Yann Lengacher

Jean-Claude Kleiner erscheint mit rosa Hemd und dunkler Krawatte zum Interview in seinem St. Galler Büro. Der Speicherer kommt direkt von einer Sitzung aus dem Kanton Aargau. Dort wollen die Gemeinden Baden und Turgi fusionieren. Wenn sich Gemeinden vereinigen wollen, rufen sie Kleiner – auch ausserhalb der Ostschweiz. Der ehemalige Ausserrhoder FDP-Kantonsrat berät seit Jahren Unternehmen und Gemeinden in Struktur- und Strategiefragen. Kleiner ist bei seinen Ausführungen zum Thema Gemeindefusionen sachlich und geht gerne ins Detail. Das hindert ihn aber nicht, Emotionen zu zeigen. Insbesondere tut er das, wenn er über den Gegenvorschlag zur Initiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» spricht. Die Regierung favorisiert die Lösung mit den vier Gemeinden. Kleiner findet die Idee fragwürdig.

Aus 20 Gemeinden möchte die Regierung am liebsten vier machen. Wie finden Sie diesen Vorschlag?

Jean-Claude Kleiner: Seit zehn Jahren diskutieren wir in Ausserrhoden über neue Gemeindestrukturen, auch weil die alte Regierung das Thema verschlampt hat. 2016

haben wir in der Kommission für Gemeindefusionen der damaligen Regierung aufgezeigt, welche Voraussetzungen für Gemeindefusionen geschaffen werden müssten. Geschehen ist nichts. Insofern muss ich der heutigen Regierung ein Kränzchen winden: Sie hat das Thema «Gemeindefusionsreform» im Rahmen der Verfassungsreform aufgenommen und geht die Sache offensiv an. Die Idee, aus 20 Gemeinden vier zu machen, muss ich aber kritisieren.

Dann tun Sie das.

Variante eins mit vier Gemeinden in Ausserrhoden ist nicht zu Ende gedacht. Damit Gemeindefusionen langfristig funktionieren, sollten die entsprechenden Gemeinden möglichst eine geografische, siedlungspolitische und kulturelle Einheit bilden. Zudem darf bei keiner Gemeinde wegen einer Fusion der Steuerfuss steigen, auch langfristig nicht. Diese Erfahrung habe ich immer wieder gemacht.

Ist das in Ausserrhoden nicht der Fall?

In Ausserrhoden sind genannte Voraussetzungen nur beschränkt gegeben. Viele Dörfer sind durch Täler oder Wälder getrennt und weisen sowohl siedlungspolitisch wie kulturell einen eigenständigen Charakter auf. Der Vorschlag der Regierung ist sehr technokratisch und ignoriert historisch gewachsene Strukturen und Kulturen. Es sollten nur Gemeinden fusionieren, bei denen Kopf, Herz und Portemonnaie ja sagen. Fusi-



Der 66-jährige Jean-Claude Kleiner in seinem Büro in St. Gallen.

Bild: yal

onen sollen sich evolutiv entwickeln und nicht wie die Staaten Afrikas Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Reissbrett entworfen werden. Das schafft keine Einheit, sondern Grabenkämpfe. Ausserrhoden würde zu einem Schmelztiegel und seine Vielfalt und Individualität verlieren.

**Gemeindefusionen
Strukturreform
in Ausserrhoden**

Das Vorhaben der Regierung erinnert stark an die Fusion in Glarus, die aus 25 Gemeinden deren drei machte. Die Dörfer in Glarus hatten ebenfalls ihren eigenen Charakter. Wieso nicht in Ausserrhoden weniger Gemeinden mit mehr Dörfern machen?

Es stimmt, die Dörfer in Glarus hatten ebenfalls eigene Identitäten. Die Kultur in diesen Dörfern war aber nicht so ausgeprägt wie in Appenzellerland. Denken Sie an das Brauchtum. Es ist ein Beweis dafür, dass sich die Bevölkerung in den Gemeinden noch stark mit ihrer Dorfkultur identifiziert. Gemeinden sollten für die Menschen da sein und nicht umgekehrt. In Ausserrhoden kann man nicht einfach sieben Dörfer zusammenlegen und meinen, dass eine gemeinsame gesellschaftliche oder politische Kultur entsteht. Die Bevölkerung würde die Sensibilität für ortseigene Bräuche verlieren und weniger politisches Engagement zeigen. Für unser Milizsystem ist das gefährlich. Im Thurgau fusionierten vor 25 Jahren viele Dörfer auf Druck des Kantons. Die Dörfer bilden teilweise heute noch keine Einheit. Mit dem Fusionszwang ging vielerorts die Seele der Dörfer verloren.

Wie vergleichbar ist die Ausgangslage von Ausserrhoden mit derjenigen in Glarus vor der Fusion?

Die Ausgangslage war komplett anders. Ausserrhoden hat 20

Einheitsgemeinden. Wir wohnen im Speckgürtel von St. Gallen mit vielen Arbeitsplätzen. In Glarus gab es komplexere Strukturen, beispielsweise mit separaten Schul- und Ortsbürgergemeinden. Glarus war auf der kantonalen und kommunalen Ebene massiv verschuldet. Arbeitsplätze verschwanden. Im Vordergrund stand die Sanierung des Kantons. Die Erneuerung der Gemeindestrukturen war ein Mittel dazu. Der Vorschlag der Dreier-Gemeinde entwickelte sich an der Glarner Landsgemeinde. Er wurde während der Debatte auch von Fusionsgegnern gestützt, um den Vorschlag der Regierung mit zehn Gemeinden abzuschmettern. Sie dachten, dass der Dreier-Vorschlag keine Chance hätte. Letzten Endes hatte die Landsgemeinde die Wahl: Einen Kanton mit drei Gemeinden oder keine Veränderung. Und da Glarus in vielen Belangen am Limit war, entschied sich die Stimmbevölkerung für eine Veränderung. Es wurde aus einer Notlage heraus gehandelt. Unsere Strukturen sind besser, als sie dargestellt werden. Dies zeigt auch eine Studie der Uni-

versität Bern, die der Regierungsrat in Auftrag gab.

Wären vier Gemeinden nicht finanzstärker als die bisherigen 20?

Das Vierer-Modell ignoriert die finanziellen Unterschiede zwischen den Ausserrhoder Gemeinden. Mit der Einführung des Modells würden wir die «goldene Milch-Kuh» Teufen schlachten. Teufen alimentiert nahezu zur Hälfte den Finanzausgleich in unserem Kanton. Wir profitieren stark von der Gemeinde Teufen, die viele finanzkräftige Einwohner beheimatet. Wenn Teufen mit anderen Dörfern eine Gemeinde bilden muss, steigt der Steuerfuss von derzeit 2,8 Einheiten markant an. Interessante Steuerzahler gingen verloren. Auch andere Gemeinden würden mit dem Vierer-Modell massiv an Attraktivität verlieren. Ich weiss nicht, was sich die Regierung dabei gedacht hat. Wer schlachtet schon die beste Kuh im Stall?

Gemeinden haben Mühe, Ämter zu besetzen. Etwas muss jetzt passieren, aber was?

Variante drei im Gegenvorschlag der Regierung ist eine grosse Chance: Ich bin für Fusionen. Diese Variante hat in der regierungsrätlichen Kommission für Gemeindefusionen eine breite Anerkennung gefunden. Sie entspricht auch dem Denken der IG Starkes Ausserrhoden. Mit einem Verfassungsartikel legen wir die Basis für ein Fusionsgesetz, wie St. Gallen eines hat. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, dass fusionswillige Gemeinden sich finden können. Mit Sicherheit haben kleinere Gemeinden zunehmend Mühe, die Verwaltung zu bestellen. Aber es gibt erfolgreiche Formen der Zusammenarbeit. Dazu braucht es keine Fusion. Gemeinderäte müssen nicht immer sieben und mehr Mitglieder haben. Manch-

mal reichen fünf. Und noch etwas: Die Regierung erwähnte die Möglichkeit, für grössere Gemeinden ein Gemeindeparlament einzuführen. Diese benötigen nicht nur ähnlich viele Mitglieder wie die heutigen Gemeinderäte, sondern beanspruchen enorme finanzielle Mittel. Meine Erfahrungen zeigen, dass die Vollkosten von Gemeindeparlamenten 200 000 bis 300 000 Franken betragen. Das Argument «Behörden und Kosten sparen» wird also hinfällig. Und Variante zwei mit 4 bis 16 Gemeinden macht wenig Sinn.

Wie lange würde es nach einer Zusage durch die Stimmbevölkerung dauern, bis ein Fusionsgesetz für Ausserrhoden in Kraft tritt?

Wenn die Regierung mitmacht, haben wir in vier Jahren ein Fusionsgesetz sowie einen Fonds zur Unterstützung der Gemeindefusionen.

Sie favorisieren Variante drei, die Eigeninitiative der Gemeinden erfordern würde. Aber würden die Gemeinden wirklich fusionieren? Die Regierung hat ihren Vorschlag auch damit begründet, dass bisher wenig Initiative vonseiten Gemeinden gekommen ist.

Es gibt verschiedene Gemeinden, die offen für eine Fusion wären. Nochmals: Die Gemeinden sind für die Menschen da, nicht für die Regierung. Stehen wir also zu unserem Föderalismus, der schliesslich der Motor unseres politischen Lebens ist.

Welche Gemeinden würden miteinander fusionieren?

Für einige Ausserrhoder Gemeinden habe ich bereits Optionen für Fusionen geprüft. Es gibt Gemeinden, die zusammenpassen und sich bestens ergänzen würden. Welche das sind, darf ich Ihnen nicht sagen.

«Ich weiss nicht, was sich die Regierung dabei gedacht hat.»

Jean-Claude Kleiner
Gemeindeberater